



**landkreis
hameln-pyrmont
der landrat**

Fraktionsantrag

Vorlage Nr. 162/2012

Datum: 19.09.2012

<input checked="" type="checkbox"/>	öffentlich
<input type="checkbox"/>	nicht öffentlich

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP
Kreisausschuss	02.10.2012	11
Kreistag	09.10.2012	

TOP	Einführung einer Vermögenssteuer a) Antrag des Kreistagsabgeordneten Pook, DIE LINKE., auf Beitritt zur Kampagne Vermögenssteuer jetzt! b) Antrag der Gruppe SPD/Grüne/Piraten auf Beitritt zum Bündnis UMfairTEILEN
------------	---

Beschlussempfehlung

Der Kreistag wird gebeten, über die Anträge des Abg. Pook vom 29.08.2012 und der Gruppe SPD/Grüne/Piraten vom 18.09.2012 eine Entscheidung zu treffen.

Begründung

Mit Schreiben vom 29.08.2012 hat der Abg. Pook den als Anlage 1 beigefügten Antrag zur Einführung einer Vermögenssteuer gestellt. Mit Schreiben vom 18.09.2012 hat die Gruppe SPD/Grüne/Piraten den als Anlage 2 beigefügten Antrag mit weitgehend gleicher Zielrichtung gestellt. Auf die Antragstexte mit den dort aufgeführten Begründungen wird verwiesen. Aufgrund der inhaltlichen Überschneidung beider Anträge wird eine gemeinsame Beratung empfohlen.

Die Steuergesetzgebung ist Sache des Bundes bzw. der Länder. Ein Beschluss im Sinne der Anträge kann daher lediglich appellierenden Charakter in Form einer Resolution haben. Auch hierfür bedarf es einer Rechtsgrundlage, die sich mangels einer spezialgesetzlichen Zuständigkeitsregelung allenfalls aus dem in Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes geregelten Recht der kommunalen Selbstverwaltung ergeben kann. Voraussetzung dafür ist jedoch regelmäßig ein Bezug zur jeweiligen Kommune. Dieser ist hier nicht ohne Weiteres erkennbar, da das Aufkommen einer Vermögensteuer den Ländern zusteht und ein in den Antragsbegründungen dargestellter Zusammenhang mit der angespannten Lage der Kommunalfinanzen nicht unmittelbar erkennbar ist. Daher ist zweifelhaft, ob für einen entsprechenden Beschluss eine ausreichende Rechtsgrundlage besteht. Recherchen haben allerdings ergeben, dass in anderen Kommunen nach jeweils inhaltsgleichen Anträgen entsprechende Be-

schlüsse gefasst worden sind (z. B. der Stadt Marburg am 25.05.2012, Landkreis Gießen am 25.06.2012). Vor diesem Hintergrund werden die Bedenken hinsichtlich einer ausreichenden Rechtsgrundlage zurückgestellt.

Hameln, 19.09.2012

Rüdiger Butte

Anlagen

1 Antrag des Abg. Pook vom 29.08.2012

2 Antrag der Gruppe SPD/Grüne/Piraten vom 18.09.2012